

Ein nicht-europäisches Deutschland

Analyse der Europawahl 2024

von Daniel Schade | Juli 2024

Einleitung

Mit insgesamt 96 Sitzen stellt Deutschland die größte nationale Delegation im Europäischen Parlament (EP)¹. Das Ergebnis der Europawahl hierzulande hat damit einen bedeutenden Einfluss auf die Zusammensetzung des EPs. Die politischen Veränderungen, die aus einem kuriosen Wahlkampf sowie dem Ausgang dieser Wahl im größten EU-Mitgliedsstaat resultieren, sind daher auch über Deutschland hinaus von Bedeutung. Während das deutsche Parteiensystem in der Vergangenheit deutlich stabiler geblieben ist als in anderen europäischen Ländern, zeigt diese Wahl: Die politische Auseinandersetzung im Kontext der Europawahl 2024 war auch in Deutschland geprägt von politischer Polarisierung und dem Fehlen einer tatsächlichen Auseinandersetzung mit europäischer Politik.

Die Deutschen Wahlen zum Europäischen Parlament im Kontext

Wie in anderen europäischen Ländern fanden die Wahlen in Deutschland in einem aufgeheizten politischen Kontext statt, der durch laufende Veränderungen im Parteiensystem des Landes gekennzeichnet ist. Neben dem langfristigen Aufstieg der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD) ist Anfang 2024 mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) eine neue Partei entstanden, die von der namensgebenden ehemaligen Vorsitzenden der Partei Die Linke angeführt wird. Dieses neue politische Bündnis verbindet linkspopulistische Positionen mit einer einwanderungsfeindlichen Haltung und einer pro-russischen Rhetorik. Auch wenn sich das Wähler:innenpotenzial der neuen Partei bereits vorher in Umfragen offenbart hatte, so war die Europawahl in Deutschland doch die erste wirkliche Bewährungsprobe des BSW bei einer bundesweiten Wahl.

Abb. 1: Politische Parteien und EP-Fraktionszugehörigkeiten (Quelle: Politico)



Diese weitreichenden Verschiebungen im Parteiensystem finden zudem in einem besonderen politischen Kontext statt, da im Laufe dieses Jahres mehrere wichtige Landtagswahlen anstehen, deren Ergebnisse wiederum das politische Klima vor der nächsten Bundestagswahl im Herbst 2025 beeinflussen werden. Dabei ist die derzeitige Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP weithin unpopulär. Dies ist vor allem auf bestimmte gesetzgeberische Aktivitäten zurückzuführen – etwa zur Dekarbonisierung des Heizungssektors, vorangetrieben durch den Grünen Wirtschaftsminister – sowie auf die anhaltenden öffentlichen Auseinandersetzungen, insbesondere zwischen der FDP und den Grünen. Diese Europawahl könnte somit als Testlauf für die in etwas mehr als einem Jahr anstehende Bundestagswahl gewertet werden.

Die Europawahl leitete auch einen Wahlmarathon in mehreren ostdeutschen Bundesländern ein: Am 1. September werden in Sachsen und Thüringen, am 22. September in Brandenburg Landtagswahlen stattfinden. Es steht zu befürchten, dass diese Wahlen das etablierte Parteiensystem in Deutschland weiter schwächen werden, die rechtsextreme AfD deutlich gestärkt aus den Wahlen hervorgehen und die frischgebackene linkspopulistische BSW sich als Neuzugang der Parteienlandschaft etablieren wird.

Diese Europawahl war auch die erste, bei der Jugendliche bereits ab 16 Jahren in ganz Deutschland ihre Stimme abgeben durften. Deutschland ist damit neben Österreich und Belgien einer von nur drei EU-Mitgliedstaaten mit einem so niedrigen Wahlalter für die Wahlen zum Europäischen Parlament. In Griechenland liegt die Altersbegrenzung für die Teilnahme an der Europawahl bei 17 Jahren. Die Änderung des deutschen Wahlrechts wurde von der Ampelkoalition beschlossen und folgte auf eine entsprechende Absenkung des Wahlalters für Landtagswahlen in vielen, aber nicht allen deutschen Bundesländern. So werden viele Jungwähler:innen, die bei der Europawahl im Juni zum ersten Mal ihre Stimme abgeben konnten, aufgrund eines höheren Wahlalters bei den Landtagswahlen im Herbst in Thüringen und Sachsen von der Wahl ausgeschlos-

sen sein. Die Senkung des Wahlalters für die Europawahl könnte auch als Vorbild für eine Senkung des Wahlalters bei der Bundestagswahl dienen. Auf bundedeutscher Ebene ist dafür allerdings eine Verfassungsänderung notwendig. Die Bemühungen um eine Senkung des Wahlalters sind jedoch vor allem vor dem Hintergrund der Überalterung der deutschen Bevölkerung, deren Durchschnittsalter derzeit bei 45 Jahren liegt, von großer Bedeutung. Wenn ein größerer Anteil junger Wähler:innen an den Wahlen teilnimmt, könnte dies Einfluss auf die Wahlergebnisse haben – wenngleich wie bei der Europawahl womöglich auf eine kontraintuitive Weise (siehe unten).

Zu guter Letzt unterscheidet sich die Europawahl in Deutschland von den meisten anderen deutschen Wahlen dadurch, dass es für den Einzug ins EP keine Fünf-Prozent-Sperrklausel mehr gibt. Diese wurde 2011 durch das Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt. Eine mit den Anforderungen des Gerichts vereinbare Variante einer solchen Hürde soll jedoch auf Umwegen über den Europawahlakt zukünftig wieder eingeführt werden; dies ist jedoch nicht rechtzeitig für die Wahl 2024 geschehen. Anders als bei der Bundestagswahl konnten die Wähler:innen also auch relativ kleinen Parteien ihre Stimme geben – wissend, dass sie bei den 96 zu vergebenden Sitzen für Deutschland möglicherweise einen Sitz im Europäischen Parlament gewinnen können.

Eine Wahlkampagne mit Europa als Randthema

Der Wahlkampf zur Europawahl 2024 in Deutschland war der vielleicht am wenigsten europäisierte Europawahlkampf in der jüngeren Geschichte des Landes. Dies ist insofern überraschend, als dass mit Blick auf die Parteiprogramme, die europäische Komponente gegenwärtig im politischen Diskurs dominanter Themen sowie die führende Rolle wichtiger deutscher Kandidatinnen und Kandidaten ein

großes Potenzial für eine Auseinandersetzung zu genuin europäischen Themen gegeben war.

Viele der deutschen Parteiprogramme zur Europawahl enthielten Vorschläge für eine Reform der EU, die diese fundamental verändern könnten. Die Grünen etwa forderten eine „föderale europäische Republik mit einer europäischen Verfassung“². Die AfD ging gegen kehrte in Abgrenzung zu früheren Wahlprogrammen zu einer maximalistischen Position zurück, der zufolge die EU in ihrer gegenwärtigen Form abgeschafft werden und durch eine limitierte europäische „Wirtschafts- und Interessengemeinschaft“ ersetzt werden sollte³. Neben diesen extremen Positionen zur EU machten die Parteien in ihren Wahlprogrammen auch detaillierte Vorschläge zu konkreteren inhaltlichen europäischen Themen – von der Einrichtung einer europäischen Armee, über die Einführung von Mehrheitsentscheidungen in außenpolitischen Fragen bis hin zu Vorschlägen für eine europäische Arbeitslosenversicherung. Viele der im Wahlkampf häufig angesprochenen Themen hatten eine klare europäische Dimension – etwa der Krieg Russlands gegen die Ukraine und die Unterstützung der EU für diese oder der neue Pakt zu Asyl und Migration.

Darüber hinaus spielten viele deutsche Politiker:innen innerhalb ihrer jeweiligen Parteifamilien Schlüsselrollen im europaweiten Wahlkampf sowie bei politischen Entscheidungsfindungsprozessen auf europäischer Ebene. Zum einen bewarb sich die CDU-Politikerin und scheidende Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen als Spitzenkandidatin der Europäischen Volkspartei (EVP) für die Wiederwahl als Kommissionspräsidentin – ohne jedoch einen Sitz im Europäischen Parlament anzustreben. Auch der Spitzenkandidat der CSU, Manfred Weber, spielt eine wichtige Rolle innerhalb der EVP. Die deutsche Spitzenkandidatin der Grünen, Terry Reintke, war auch europaweit eine von zwei Spitzenkandidat:innen der europäischen Grünen. Auch die FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann war eine von mehreren Spitzenkandidat:innen der Liberalen Renew.

Letztendlich wurden die Kernthemen dieser Wahl – und insbesondere auch die Themen Frieden und Sicherheit – weitaus mehr als in vorhergehenden Europawahlkämpfen hauptsächlich durch eine nationale Brille und im Kontext von innenpolitischen Debatten erörtert. Der Wahlkampf wurde also gezielt dazu genutzt, gegenwärtig als bedeutsam wahrgenommene nationale politische Themen in den Vordergrund zu stellen. So machten etwa sowohl die AfD als auch das BSW die von ihnen als gefährlich dargestellte Politik der militärischen Unterstützung der Ukraine zu einem der Kernthemen im diesjährigen Europawahlkampf.

Gleichzeitig betonte die SPD, dass Kanzler Olaf Scholz durch sein vorsichtiges Agieren in der Frage von Waffenlieferungen an die Ukraine den Frieden wahrt und eine Eskalationsspirale sowie das Eintreten Deutschlands in den Konflikt als Kriegspartei verhindert. Genuin europäische Themen im Zusammenhang mit dem Russland-Ukraine-Krieg – bspw. EU-Sanktionen und die koordinierte gemeinsame Beschaffung von Waffen für die Ukraine – kamen in den öffentlichen Debatten jedoch fast gar nicht vor. Selbst Parteien wie die Grünen, die sich in der Regel auf klar europäisch geprägte Themen wie den Klimawandel konzentrieren, stellten die Frage der inneren Sicherheit in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes. Das Hauptwahlplakat der Partei zeigte etwa Spitzenkandidatin Terry Reintke mit dem Slogan „Ein starkes Europa bedeutet ein sicheres Deutschland“.

Trotz der oft prominenten deutschen Spitzenkandidatinnen und -kandidaten wurden diese kaum zur Unterstützung der Wahlkampagnen herangezogen. Dies lässt sich unter anderem an den Wahlplakaten sowohl der CDU als auch der SPD nachvollziehen. Statt ihre Spitzenkandidatinnen und -kandidaten für das Europäische Parlament prominent darzustellen, stellten die Plakate die jeweiligen Parteispitzen in den Vordergrund. Auf einem weit verbreiteten SPD-Plakat war so neben der Europawahl-Spitzenkandidatin Katarina Barley auch Olaf Scholz abgebildet, auf den Plakaten der CDU Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der Parteivorsitzende

Friedrich Merz. Dabei haben weder Scholz noch Merz die Absicht, ihre Rollen als Parteivorsitzende bzw. Oppositionsführer zugunsten einer Betätigung auf EU-Ebene zu verlassen. In gewisser Weise unterstreichen diese Wahlplakate zwar die doppelte Bedeutung des Europäischen Parlaments und des durch die Regierungen der Mitgliedsstaaten dominierten Europäischen Rates. Vor allem aber spiegeln sie die Überzeugung wider, dass sich die Wähler:innen nicht ausreichend für europäische Themen interessieren bzw. ihre europäischen Spitzenkandidat:innen für diese nicht relevant genug sind.

Obwohl weder die Abwesenheit von genuin europäischen Themen, noch die fehlende Konzentration auf die deutschen EP-Kandidat:innen völlig neue Entwicklungen sind, so ist der diesbezügliche Kontrast im Vergleich zu früheren deutschen Europawahlen dennoch auffällig. Ein Grund dafür könnte das Scheitern des Spitzenkandidat:innenverfahrens für die Präsidentschaft der Europäischen Kommission sein. Dieses hatte in früheren Wahlkämpfen zumindest insofern eine Rolle gespielt, als dass deutschsprachige Kandidat:innen wie Jean-Claude Juncker, Martin Schulz oder Frans Timmermans an Fernsehdebatten und Talkshows in Deutschland teilnehmen konnten.

Durch die Strategie der AfD und des BSW, europäische Themen durch eine nationale Brille zu betrachten, sahen sich im Europawahlkampf 2024 auch die anderen Parteien veranlasst, nationale Lösungen zu europäischen Problemen hervorzuheben statt zu versuchen ihre eigenen Lösungsansätze innerhalb des komplexen politischen Systems der EU zu erörtern. Ein Schlüsselbeispiel hierfür ist das durch die AfD gesetzte Thema Migration. Während die konstruktiv an europäischen Entscheidungsfindungsprozessen beteiligten Parteien hier auf den Neuen Pakt für Migration und Asyl hätten verweisen können, konzentrierte sich die Debatte stattdessen auf nationale Maßnahmen wie die Wiedereinführung von Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raums.

Schließlich wurde dieser Wahlkampf auch von mehreren politischen Skandalen überschattet. Diese be-

trafen vor allem die beiden Spitzenkandidaten der AfD, Maximilian Krah und Petr Bystron. So wurde ein Mitarbeiter von Krah wegen des Verdachts der Spionage für China verhaftet⁴. Darüber hinaus weigerte sich Krah in einem Interview mit einer italienischen Zeitung anzuerkennen, dass alle ehemaligen SS-Angehörigen als Verbrecher zu betrachten seien, was erhebliche Konsequenzen auf europäischer Ebene hatte: Die AfD wurde vor allem auf Bestreben des französischen Rassemblement National kurz vor der Wahl aus der ID-Fraktion im Europäischen Parlament ausgeschlossen. In der Konsequenz verbot die Parteispitze Krah zwar vorübergehend, an Wahlkampfterminen teilzunehmen, sagte sich jedoch nicht vollständig von ihm los – unter anderem vermutlich aufgrund seiner erfolgreichen Ansprache von Jungwähler:innen auf Plattformen wie TikTok. Darüber hinaus beschäftigte ein Skandal um den Kandidaten Petr Bystron Partei und Öffentlichkeit; dieser soll der tschechischen Regierung zufolge Geld aus russischen Quellen angenommen haben⁵.

Auch war der Europawahlkampf 2024 von gewalttätigen Übergriffen geprägt. Bei einem terroristischen Messerangriff im Rahmen einer islamfeindlichen Kundgebung in Mannheim kam ein Polizist ums Leben⁶. Auch der SPD-Europaabgeordnete Matthias Ecke wurde beim Aufhängen von Wahlplakaten angegriffen und musste im Krankenhaus behandelt werden. Diese und weitere Angriffe auf Wahlkämpfer:innen und Politiker:innen verschiedener Parteien beeinflussten die öffentliche Stimmung im Vorfeld der Wahl. Welche konkreten Auswirkungen die Vorfälle auf das Abstimmungsverhalten der deutschen Wähler:innen hatten, lässt sich dabei jedoch nicht en détail nachvollziehen.

Die Wahlergebnisse: Eine getarnte „Zwischenwahl“?

Mit Blick auf die Wahlbeteiligung war diese Europawahl in Deutschland ein Erfolg für die Demokratie. Mit 64,8 % erreichte sie einen fast historischen Höchststand, der nur bei der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments im Jahr 1979 übertroffen wurde. Im Vergleich zu 2019 lag die Wahlbeteiligung 3,4 Prozentpunkte höher. Das ist zwar immer noch wenig im Vergleich zu den 76,6 % bei der Bundestagswahl 2021, dennoch aber ein positives Zeichen für die Mobilisierung der Wähler:innen bei Europawahlen. Da die Europawahl 1979 nur im damaligen Westdeutschland abgehalten wurde, haben damit noch nie so viele Wahlberechtigte an Europawahlen in Deutschland teilgenommen wie 2024.

Was die Ergebnisse betrifft, so gab es unter den größeren politischen Parteien zwei klare Gewinner und einen Hauptverlierer im Vergleich zur Europawahl 2019. Die AfD erhielt 15,9 % der Stimmen und damit 4,9 Prozentpunkte mehr als bei der vorhergehenden Wahl zum Europäischen Parlament. Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) bekam 6,2 % der abgegebenen Stimmen, obwohl die Partei erst Anfang dieses Jahres gegründet wurde. Die größten Verlierer waren die Grünen, die nur noch 11,9 % der Stimmen erhielten und deren Stimmenanteil damit um 8,6 Prozentpunkte sank. Ihren historischen Höchststand hatte die Partei bei der Europawahl 2019 mit 20,5 % erzielt, zu einem Zeitpunkt, zu dem der Klimawandel von vielen Wähler:innen als wichtigstes politisches Thema angesehen wurde. Die SPD musste leichte Verluste hinnehmen: Sie erhielt 14 % der Stimmen gegenüber 15,8 % im Jahr 2019. Die Linkspartei verlor Stimmen vor allem aufgrund der Entscheidung des BSW, sich von ihr abzuspalten.

Zieht man jedoch – wie in der öffentlichen Debatte in Deutschland geschehen – die Bundestagswahl 2021 als Referenzpunkt heran, so verändert sich dieses Bild. So zeigt dieser Vergleich, dass sich viele Wähler:innen von der Ampelkoalition abgewandt

und die Oppositionsparteien Union und AfD deutlich zugelegt haben. 48 % der Wähler:innen gaben an, dass sie mit ihrer Stimme ihre Unzufriedenheit mit der aktuellen Bundesregierung zum Ausdruck bringen wollten, und 55 %, dass die Innenpolitik ihre Wahlentscheidung beeinflusst hat⁷. Die Europawahl wurde damit weitgehend als eine Zwischenwahl auf Bundesebene angesehen – eine Tendenz, die auch in anderen EU-Mitgliedstaaten wie Frankreich zu beobachten war.

Viele kleine Parteien sind als klare Gewinner aus der Europawahl hervorgegangen. Damit setzt sich ein Trend aus den beiden Europawahlen seit dem Fall der Fünf-Prozent-Hürde fort. Während 2019 neun der deutschen Sitze von Parteien eingenommen wurden, die weniger als 5 % der Stimmen erhielten,

sind es jetzt 12 (bzw. 15, wenn man die jetzt unter die 5 % gefallene Linke einbezieht). Der bei weitem größte Gewinner unter den Kleinparteien ist die Pro-EU-Bewegung VOLT, die drei Sitze für sich gewinnen konnte, während sie bei der vorhergehenden Wahl nur einen erhalten hatte⁸. Die Erfolge solcher Parteien deuten auf die allmähliche Aufspaltung des deutschen Parteiensystems hin, verdeutlichen aber auch die Fähigkeit der Wähler:innen, das Fehlen der Fünf-Prozent-Hürde strategisch zu nutzen. Selbst bei einer hypothetischen Hürde von nur 2 % hätten nur VOLT, Die Linke und die Freien Wähler noch Sitze im Europäischen Parlament erhalten.

Betrachtet man die Themen, die die Wahlentscheidung der Wähler:innen beeinflusst haben, so waren Friedenssicherung, soziale Sicherheit und Zuwan-

Abb. 2: Wahlabsicht für die EP-Wahlen in Deutschland (29. Mai 2024, Quelle: Euronews)

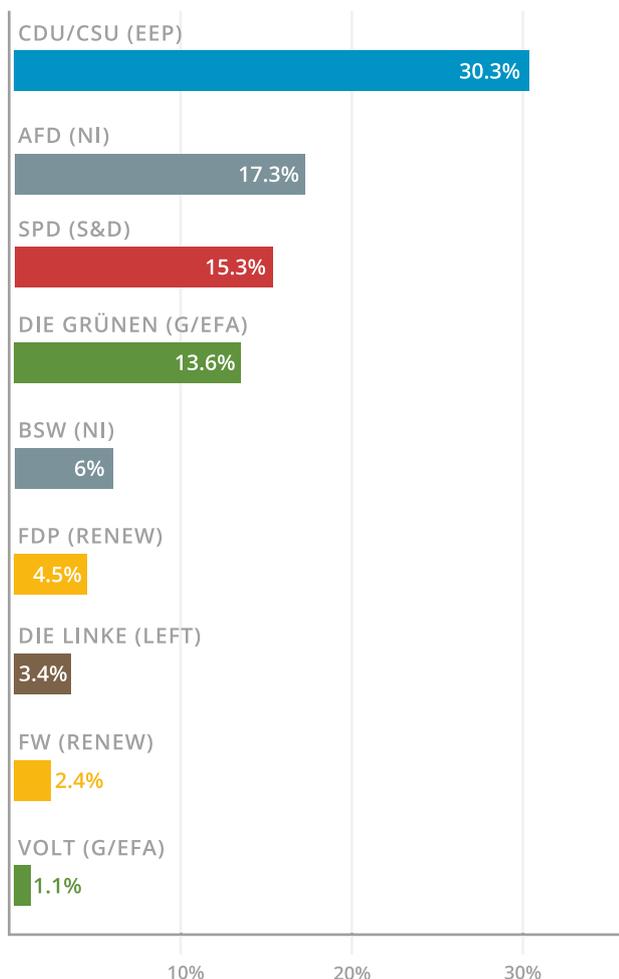
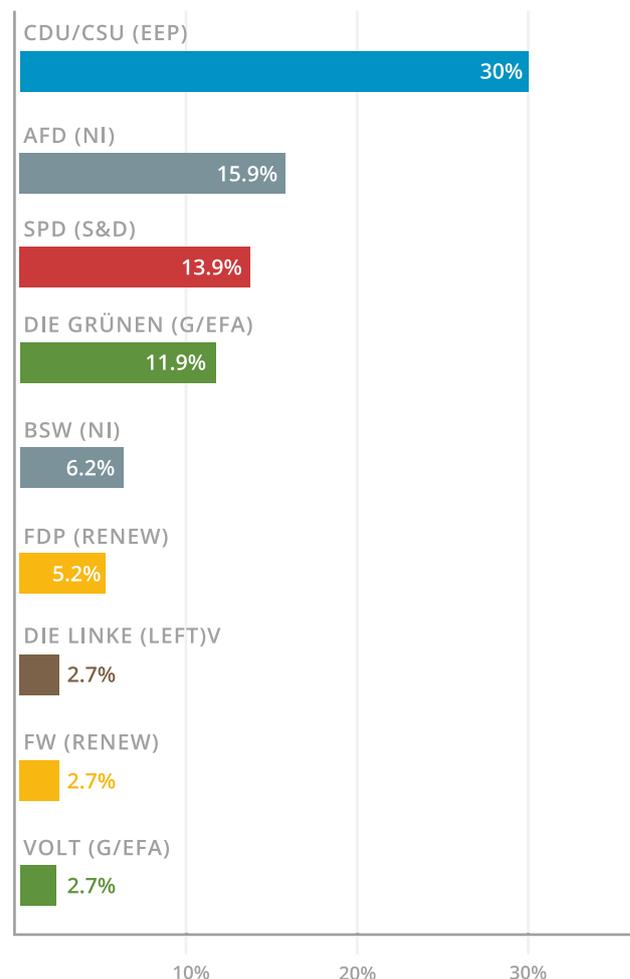


Abb. 3: EP-Wahlergebnisse in Deutschland (29. Mai 2024, Quelle: Euronews)



derung am wichtigsten und haben den Klima- und Umweltschutz im Vergleich zu 2019 auf den vierten Platz verwiesen – vermutlich einer der Gründe für die massiven Verluste der Grünen. Auch der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat offenbar einen erheblichen Einfluss auf das allgemeine Empfinden hinsichtlich der Wichtigkeit einzelner politischer Themen. Zuvor im Zentrum der Debatte stehende Themen – wie etwa die Gesundheitsversorgung im Zusammenhang mit der Covid-Pandemie – spielten hingegen keine Rolle mehr.

Hinter den Gesamtergebnissen verbergen sich noch einige andere politische Veränderungen, die auch in Zukunft von Relevanz sein werden. So zeigte sich bei dieser Europawahl der rapide voranschreitende Zerfall des etablierten Parteiensystems in Ostdeutschland. Es offenbarte sich eine klare Kluft zwischen Ost- und Westdeutschland, wenn es um den Erfolg populistischer Parteien wie der AfD und des BSW geht. In vielen Teilen Ostdeutschlands ist die AfD nun die stärkste politische Partei, was entsprechende Ergebnisse bei den bevorstehenden Landtagswahlen erwarten lässt. Gleichzeitig ist es wichtig hervorzuheben, dass die AfD auch in Westdeutschland deutliche Zugewinne verzeichnen konnte, wenngleich diese geringer ausfielen als im Osten.

Zweitens hat sich das Wahlverhalten junger Wähler:innen stark verändert. Bei den 16- bis 24-Jährigen konnte die AfD ihren Stimmenanteil um 11 Prozentpunkte steigern, während die Grünen im Vergleich zur Wahl 2019 in dieser Wähler:innen-Gruppe 23 Prozentpunkte verloren. Darüber hinaus scheinen junge Wähler:innen viel eher bereit zu sein, kleinere Parteien zu wählen. Anders als im Jahr 2019, als die „Fridays for Future“-Bewegung ihren Höhepunkt erreichte, können sich progressive Parteien wie die Grünen nicht mehr blindlings auf die Unterstützung dieser Altersgruppe verlassen und müssen in Zukunft neue Wege finden, um sie zu erreichen.

Zu guter Letzt sind die Zugewinne für die AfD zwar besorgniserregend – mit einem Ergebnis von 15,9 % ein deutlicher Anstieg gegenüber der Europawahl

2019 und der Bundestagswahl 2021 – das Ergebnis bleibt jedoch deutlich hinter den Vorhersagen zurück. Es bleibt abzuwarten, ob dies auf das Erreichen eines tatsächlichen Zenits der Unterstützung für die AfD hindeutet oder ob das Ergebnis durch das Antreten des BSW und die Probleme der AfD mit ihren Spitzenkandidaten beeinflusst wurde.

Wie schon während des Wahlkampfes wurden auch die Wahlergebnisse vor allem vor dem Hintergrund deutscher Innenpolitik diskutiert. Die Wahl führte zwar nicht zu einem politischen Erdbeben wie in Frankreich, dennoch verlautbarten Unions-Politiker wie der bayerische Ministerpräsident Markus Söder aufgrund der Verluste der Ampelparteien die Forderung nach vorgezogenen Neuwahlen auf Bundesebene. Die ohnehin schon angespannte Zusammenarbeit zwischen der SPD, den Grünen und der FDP wird durch das Ergebnis zumindest nicht einfacher, da jede der drei Parteien unterschiedliche Lehren aus der Europawahl zieht.

Auch auf europäischer Ebene wird das Ergebnis der Europawahl in Deutschland Auswirkungen haben. Im Europäischen Parlament selbst sind die Wahlergebnisse für die Fraktionsbildung und das allgemeine Kräfteverhältnis von Bedeutung. Nach der Wahl entschied die AfD letztlich, Krah aus ihrer Delegation zum Europäischen Parlament auszuschließen, während sie Bystron auf seinem Posten beließ. Zunächst wurde dies als Versuch gedeutet, wieder anschlussfähig zu werden an eine umgestaltete ID-Fraktion. Bald jedoch unternahm die AfD Versuche, eine neue Fraktion im Parlament mitzubilden. Auch bleibt abzuwarten, in welcher Fraktion die neuen BSW-Abgeordneten ihre Heimat finden werden – aufgrund ihrer Abspaltung von Die Linke, die Teil der Linksfraktion im Europaparlament ist, ist sie mit dieser jedenfalls nicht kompatibel. Gleichzeitig wird die Entscheidung der neu gewählten VOLT-Abgeordneten in Deutschland und in den Niederlanden, sich der Grünen-Fraktion im Europäischen Parlament anzuschließen, zumindest teilweise die nun geringere Zahl der deutschen Grünen-Abgeordneten in dieser Fraktion kompensieren.

Über das Europäische Parlament hinaus wird sich das Wahlergebnis auch auf die Position Deutschlands in der EU im Allgemeinen auswirken. Die nun innenpolitisch weiter geschwächten Parteien der Ampelkoalition werden sich vor den Landtags- und Bundestagswahlen wieder stärker und sichtbarer positionieren müssen. Dies wird sich vermutlich auch in Form eines entsprechenden Abstimmungsverhaltens Deutschlands in den verschiedenen Formationen des Rates der EU zeigen, so wie es zuletzt etwa im Hinblick auf das Auslaufen von Verbrennungsmotoren der Fall war. Insgesamt ist Deutschland als Akteur im Europäischen Rat und im Rat der EU geschwächt aus der Europawahl hervorgegangen – im Gegensatz zu anderen Mitgliedsstaaten wie etwa Italien unter Regierungschefin Georgia Meloni.

Fazit

Obwohl mehr Wähler:innen als je zuvor an der Europawahl 2024 in Deutschland teilgenommen haben, kann das Ergebnis nicht als voller Erfolg für die europäische Demokratie gewertet werden. Im Vergleich zu früheren Wahlkämpfen wurde viel weniger über europapolitische Themen gesprochen; die meisten Debatten verharrten auf nationaler Ebene. Auch wurde das Wahlergebnis fast durchgängig aus deutscher Perspektive interpretiert: als eine Zwischenabstimmung über das Schicksal der Ampelkoalition. Das Ergebnis der Europawahl unterstreicht zudem die weitere Aufspaltung der parteipolitischen Landschaft in Deutschland. Dies wird sich in Zukunft über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments hinaus auch auf die EU auswirken, da solche politischen Verschiebungen notwendigerweise auch die Positionierung Deutschlands in verschiedenen EU-Gremien beeinflussen werden, in denen über Kernthemen der europäischen Politik entschieden wird.

Fußnoten

- 1 Da die Sitze im EP den EU-Mitgliedstaaten nach dem Prinzip der degressiven Proportionalität zugeteilt werden, ist Deutschland im Vergleich zu seiner Bevölkerungszahl in diesem nach wie vor am stärksten unterrepräsentiert.
- 2 Bündnis 90/Die Grünen (2023): Machen, was zählt. Europawahlprogramm 2024, Berlin, S. 89.
- 3 Alternative für Deutschland (2023), Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 10. Europäischen Parlament, Berlin, S. 10.
- 4 Christian Fuchs, Astrid Geisler, Holger Stark, Martin Steinghagen, Sascha Venohr: „Mitarbeiter des AfD-Spitzenkandidaten Maximilian Krah festgenommen“, Die Zeit, 23.4.2024.
- 5 Andrea Becker, Georg Heil, Markus Pohl: „Russische Einflussoperation: Geldübergabe an Bystrom im Auto?“, Tagesschau.de, 19.4.2024.
- 6 Tagesschau.de: „Polizist nach Messerattacke in Mannheim gestorben“, 2.6.2024.
- 7 Alle Angaben zur Wähler:innenmotivation oder zum Wahlverhalten nach Wähler:innenalter sind der durch Infratest Dimap durchgeführten Nachwahlbefragung für die ARD entnommen.
- 8 Weiterhin erhalten die Freien Wähler, die PARTEI, die Familienpartei, die Tierschutzpartei sowie die ÖDP erneut Sitze im Europaparlament. Die Piratenpartei ist hingegen mit keinem Sitz mehr im Europäischen Parlament vertreten, während die so genannte Fortschrittspartei (die den Wert des Grundgesetzes betont) zum ersten Mal einen Sitz gewonnen hat.

Der Autor



Daniel Schade ist Assistenzprofessor an der Universität Leiden und Policy Fellow bei Das Progressive Zentrum. Er beschäftigt sich mit Fragen der europäischen Politikgestaltung und der Zukunft des Parlamentarismus. Nach seiner Promotion an der London School of Economics and Political Science (LSE) arbeitete er an der Wiener Hochschule für Internationale Studien, der Otto-von-Guericke-Universität und der Cornell University.



@danielschade



Daniel Schade

Das Progressive Zentrum

DAS
PROGRESSIVE
ZENTRUM

Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und als gemeinnützig anerkannter Berliner Think-Tank. Seit dem Jahr 2007 setzt die Organisation mit Studien, Publikationen und Veranstaltungen Impulse für den gesellschaftlichen Fortschritt. Ihr Ziel ist es, Orientierung in politischen Debatten zu stiften und mit ihrem Netzwerk eine Plattform für Progressive aus Deutschland, Europa und Nordamerika zu bieten – und so einer zukunftsfähigen Gesellschaft ein Stück näherzukommen, die allen gleiche und gute Lebenschancen ermöglicht.



@DPZ_Berlin



Das Progressive Zentrum



@dpz_berlin



@dpzberlin.bsky.social

www.progressives-zentrum.org

Das European Policy Centre



Das **European Policy Centre** ist ein unabhängiger, gemeinnütziger Think-Tank, der sich der Förderung der europäischen Integration durch Analysen und Debatten verschrieben hat. Er unterstützt Entscheidungsträger:innen auf allen Ebenen dabei, fundierte Entscheidungen auf der Grundlage von Fakten und Analysen zu treffen, und bietet eine Plattform für die Einbeziehung von Partnern, Interessengruppen und Bürger:innen in die Gestaltung der EU-Politik und in die Debatte über die Zukunft Europas.

 @epc_eu

 European Policy Centre

www.epc.eu

Das Projekt

“Ein nicht-europäisches Deutschland. Analyse der Europawahl 2024” wurde veröffentlicht im Rahmen des Projekts “More diverse than united? A comparative analysis of the EU elections 2024”.

Das Projekt wird in gemeinsamer Zusammenarbeit von Das Progressive Zentrum (Deutschland) und dem European Policy Centre (Belgien) durchgeführt. Darüber hinaus sind folgende Partnerorganisationen in das Projekt involviert: Istituto Affari Internazionali (Italien), Terra Nova (Frankreich) und Krytyka Polityczna (Polen).

Dieser Bericht ist einer von vier Länderberichten, die die Wahlkampagnen und -ergebnisse in Frankreich, Deutschland, Italien und Polen analysieren. Diese Länderberichte werden Teil eines größeren Berichts sein, der auch ein EU-Kapitel und Empfehlungen zur Europäisierung der Europawahlen enthalten wird.

Die Autoren der verschiedenen Länderberichte haben ihre eigenen Quellen für die Umfragezahlen und die Wahlergebnisse in ihren jeweiligen Ländern verwendet. Daher kann es zu geringfügigen Abweichungen zwischen den Grafiken und dem Text kommen, wenn es um die Wahlergebnisse vor der Wahl geht.

Zitationsvorschlag

Schade, Daniel (2024). Ein nicht-europäisches Deutschland. Analyse der Europawahl 2024. Das Progressive Zentrum & European Policy Centre. progressives-zentrum.org

Impressum

Alle Rechte vorbehalten. Der Abdruck oder eine vergleichbare Verwendung von Arbeiten von Das Progressive Zentrum auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Das Progressive Zentrum e. V., 2024
veröffentlicht im Juli 2024

V.i.S.d.P.:

Dominic Schwickert

c / o Das Progressive Zentrum e. V.

Werftstraße 3, 10577 Berlin

Vorstand:

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Judith Siller,
Joachim Knodt

Geschäftsführung:

Dominic Schwickert, Paulina Fröhlich

Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats:

Prof. Dr. Anke Hassel

Redaktion:

Sophie Pornschlegel, Maria Menzel-Meyer

Graphikdesign, Layout and Satz:

Greta Fleck

www.progressives-zentrum.org
mail@progressives-zentrum.org

Das Titelbild des vorliegenden Berichts wurde mithilfe einer KI-Technologie generiert.